Manfred Kirsch: *Offensiv für Menschenrechte eintreten*

zu: „[Der Tod des Oury Jalloh](#)“, FR-Tagesthema vom 17. November 2017

Immer mehr mutmaßliche Wahrheiten über den Tod des Asylbewerbers Oury Jalloh in einer Polizeizelle vor zwölf Jahren kommen ans Licht der Öffentlichkeit und bestätigen die Befürchtung kritischer Juristen und Angehöriger, dass es sich in dem Fall in Dessau um Mord handele. Das Deutschland-Kapitel des Jahresberichtes von Amnesty International wird sowieso in jedem Jahr umfangreicher. Es beschäftigt sich meistens mit Polizeiübergriffen gegen Flüchtlinge und andere Menschen ausländischer Herkunft.

Im konkreten skandalösen Fall des Mannes aus Sierra gab es immer wieder den Versuch der Ermittlungsbehörden, der Öffentlichkeit das Märchen vom Suizid aufzutischen und die Aufklärung des Falles zu behindern. In der Tat ist dieser Vorgang so ziemlich der größte katastrophale Vorfall in einem sich als Rechtsstaat verstehenden Gemeinwesen und schreit nach Konsequenzen. Eine Kommission unabhängiger Ermittler mit internationaler Besetzung wäre durchaus angemessen.

Es kann hierbei nicht darum gehen, pauschale Vorwürfe gegen die Polizei zu erheben, aber leider sind gerade Berufe im Sicherheitsbericht oftmals von Sympathisanten rechten Gedankenguts besetzt, wie auch die von der Justiz für rechtmäßig erklärte Suspendierung eines Nazis im Polizeidienst von Berlin bestätigt. Der Vorwurf des institutionellen Rassismus gegen Polizeibeamte und Mitarbeiter von Behörden ist durch aus treffend, und jeder in der Flüchtlingsarbeit engagierte Mitmensch wird schon einmal Erfahrung damit gemacht haben. Unabhängige Beschwerdestellen in nur drei Bundesländern reichen nicht aus.

Es ist leider zu befürchten, dass unter dem Druck von rechts das menschenrechtswidrige Staatsversagen noch weiter um sich greifen wird. Die Gewerkschaft der Polizei sollte daher im Interesse ihrer korrekt arbeitenden und dem Rechtsstaat verpflichteten Kolleginnen und Kollegen Druck auf die Politik ausüben und sich für Aufklärung entsprechender Beschwerden einsetzen. Wer staatliches Gewaltmonopol ausübt, der muss es mit Demokratie und Menschenrechten ernst meinen und für sie offensiv eintreten.

Manfred Kirsch, Frankfurter Rundschau, 22.11.2017, Seite 19.

>> [... doch Mord? – Staatsversagen!](#)